

GLOBAL ABER GERECHT

Klimawandel bekämpfen,
Entwicklung ermöglichen

Kurzfassung eines Reports
des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung
und des Instituts für Gesellschaftspolitik München
im Auftrag des Bischöflichen Hilfswerkes Misereor
und der Münchener Rück Stiftung

Unter Leitung von: Ottmar Edenhofer, Johannes Wallacher,
Michael Reder und Hermann Lotze-Campen

Unter Mitarbeit von: Bernd Bornhorst, Hans-Martin Füssel,
Andreas Gösele, Brigitte Knopf, Martin Kowarsch,
Thomas Loster, Johannes Müller, Alexander Popp,
Dirk Reinhard, Anika Schroeder und Katrin Vohland

Mit 4 Abbildungen

Homepage des Projekts «Klimawandel und Gerechtigkeit»:
www.klima-und-gerechtigkeit.de

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2010

Satz: Fotosatz Reinhard Amann, Aichstetten

Druck und Bindung: fgb • freiburger graphische betriebe

Umschlagabbildung: Sogenannter Bouli in Bouloye in Burkina Faso am Rande des Sahel.

Er dient zum Auffangen sowie zur Speicherung von Regenwasser und wird heute von 136 Frauen und 2 Männern bewirtschaftet. Mit seinen rund 20 000 Kubikmetern Wasser lassen sich monatelang die rundherum angelegten Felder sowie ein großes

Aufforstungsgebiet bewässern. © MISEREOR/Vittecoq

Umschlagentwurf: www.kunst-oder-reklame.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Printed in Germany

www.beck.de

Klima- und Entwicklungspolitik in der Sackgasse

Klima- wie Entwicklungspolitik befinden sich in einer Sackgasse. Die derzeitigen politischen Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft reichen nicht annähernd aus, um angemessene Antworten auf diese großen Herausforderungen zu geben. Die Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Kopenhagen im Dezember 2009 hat nicht den notwendigen Durchbruch gebracht. Das dort erhoffte globale Abkommen zur weltweiten Reduktion von Treibhausgas-Emissionen kam nicht zustande. Ebenso wenig kam es zu einer Einigung, wie die Entwicklungsländer in ihrer Anpassung an den unvermeidlichen Klimawandel finanziell unterstützt werden sollen. Die Menschheit ist weiter denn je von einer globalen Übereinkunft entfernt.

Bei der Armutsbekämpfung gibt es begrenzte Fortschritte. Der Anteil der extrem Armen an der Weltbevölkerung ist global gesunken, was vor allem auf Erfolge in Ostasien zurückzuführen ist. In vielen Entwicklungsländern, besonders in Sub-Sahara-Afrika, ist allerdings die Zahl der extrem Armen, das heißt der Menschen, die mit weniger als 1,25 US-\$ pro Tag auskommen müssen, weiter gestiegen. Daher ist bereits jetzt absehbar, dass das in der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen verkündete Ziel, den Anteil der Menschen, die weltweit unterhalb dieser Grenze leben müssen, bis 2015 zu halbieren, nicht überall zu erreichen sein wird.

Die Krise der Klimapolitik der Vereinten Nationen wurde Anfang 2010 noch verschärft durch den Vorwurf, der Weltklimarat (IPCC) habe Teile seiner Ergebnisse manipuliert, um so die Folgen des Klimawandels zu dramatisieren. Auch wenn einzelne Verfahren des Weltklimarates verbesserungsbedürftig sind, so gibt es doch keinen Grund, diese Grundaussagen anzuzweifeln: 1. Der Klimawandel wird hauptsächlich durch den Menschen verursacht, 2. ungebremster Klimawandel birgt hohe Risiken, 3. gefährlichen Klimawandel kann man vermeiden.

Klimaschutz ist zweifellos im Interesse aller Menschen. Um wirklich zu Lösungen zu kommen, sind aber erhebliche Anreize für Staaten, Kommunen und jeden Einzelnen notwendig. Eine besondere Herausforderung dabei ist, Klimaschutz mit Entwicklungspolitik zu verbinden. Insbesondere die Entwicklungs- und Schwellenländer sind auf ein breitenwirksames Wirtschaftswachstum angewiesen, weil dieses eine notwendige, wenngleich nicht hinreichende Voraussetzung für die Überwindung von Armut und Unterentwicklung ist. Daraus ergibt sich auf den ersten Blick ein Dilemma. Einerseits gilt es einen gefährlichen Klimawandel zu vermeiden, um nicht die Lebensgrundlagen heutiger und zukünftiger Generationen aufs Spiel

zu setzen. Andererseits werden die Entwicklungsländer kaum bereit sein, sich an der Vermeidung von Emissionen zu beteiligen, wenn dies ihren Spielraum für wirtschaftliche Entwicklung einschränkt.

Eine Studie, die vier unterschiedliche Partner verbindet

Um Wege aus diesem scheinbaren Dilemma zu finden, ist eine Gesamtperspektive gefragt, die sich nicht in einzelnen Details verliert, sondern die verschiedenen Themenfelder systematisch verknüpft. Für eine solche vernetzte Gesamtperspektive sind wissenschaftlich wie gesellschaftlich neue Allianzen notwendig.

Deshalb haben sich vier auf den ersten Blick sehr unterschiedliche Partner zusammengefunden. Von wissenschaftlicher Seite sind dies das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) und das Institut für Gesellschaftspolitik in München (IGP). Damit werden naturwissenschaftliche Erkenntnisse über die Ursachen und Folgen des Klimawandels mit ökonomischen, entwicklungspolitischen und ethischen Überlegungen verbunden. Auftraggeber und Projektpartner sind das Bischöfliche Hilfswerk Misereor und die Münchener Rück Stiftung. In diesem Projekt haben also Wissenschaft, praktische Entwicklungszusammenarbeit und Versicherungswirtschaft zusammengearbeitet und auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse gemeinsame Positionen und Forderungen abgestimmt.

Gleichzeitig haben alle vier Partner einen Dialog mit denen begonnen, um die es hier hauptsächlich geht – mit den betroffenen, oft armen Menschen in den Ländern des Südens. Der vielfältige Austausch mit Partnern aus Entwicklungs- und Schwellenländern in insgesamt neun Dialogforen weltweit war für alle Beteiligten herausfordernd und sehr bereichernd. In vielen Fragen gelang es, ein gemeinsames Verständnis der Probleme und möglicher Lösungen zu erreichen. Aber nicht alles, was im reichen Norden zur Lösung globaler Probleme ausgedacht wird, stößt überall auf Zustimmung. Die unterschiedlichen Sichtweisen spiegeln sich in der Studie in zahlreichen Infoboxen wider.

Die Studie zeigt Eckpunkte eines Gesamtpakets auf. Sie will damit neue Wege eröffnen, wie sich Klimaschutz und Armutsbekämpfung wirksam, effizient und gerecht miteinander vereinbaren lassen. Die Kooperation der verschiedenen Partner ist Ausdruck der dazu notwendigen neuen Allianzen. Ohne Dialog und Partnerschaften lassen sich die Herausforderungen heute und zukünftig nicht lösen.

Das Risiko gefährlichen Klimawandels

Unstrittig ist heute, dass der Klimawandel zum größten Teil durch den Menschen verursacht ist und die ersten Auswirkungen bereits zu spüren sind. Es ist ein großes Verdienst des Weltklimarates (IPCC), dass er dies herausgearbeitet hat. Nahezu zwei Drittel der globalen Emissionen gehen auf den Verbrauch fossiler Brennstoffe durch Industrie, Verkehr oder Privathaushalte zurück. Gut 30% entstehen bei der Landwirtschaft sowie veränderter Landnutzung, vor allem bei großflächigen Abholzungen tropischer Regenwälder. Ein weiterer Anstieg der globalen Mitteltemperatur ist schon wegen der großen Zeitverzögerung, mit der das Klimasystem auf Emissionen reagiert, unausweichlich.

Der Klimawandel wird Änderungen in regionalen klimatischen Bedingungen verursachen, die eine Reihe schwerwiegender Folgen nach sich ziehen werden und als Trend bereits zu beobachten sind. Die Folgen einer globalen Erwärmung von mehr als 2°C (im Vergleich zum vorindustriellen Niveau) werden mit großer Wahrscheinlichkeit massive Konsequenzen für viele heute und zukünftig lebende Menschen haben. Besonders in ärmeren Weltregionen könnte dies eine erfolgreiche Anpassung an die Veränderungen unmöglich machen. Deshalb ist das Ziel, die Klimaerwärmung auf nicht mehr als 2°C zu begrenzen, eine überzeugende Orientierung für die zukünftige Klimapolitik. Bei einem weniger ambitionierten Temperaturziel wären die reinen Vermeidungskosten sowie die möglichen technologischen Risiken zwar geringer. Allerdings wären die Kosten eines ungebremsten Klimawandels allein bis zum Ende dieses Jahrhunderts um ein Vielfaches höher als die Vermeidungskosten zur Einhaltung des 2°C-Ziels.

Aus ethischer Sicht ist zu bedenken, dass die Klimaschäden weltweit ungleich verteilt sind. Schon jetzt und in Zukunft noch mehr werden vor allem diejenigen hart getroffen, die sich besonders schlecht an die Folgen anpassen können. Dies hängt auch damit zusammen, dass viele der anfälligen Regionen immer dichter besiedelt sind. In mehrfacher Hinsicht sind arme Bevölkerungsgruppen in Entwicklungsländern besonders verwundbar:

- Sie sind schon deshalb stärker gefährdet, weil ihre Lebenssituation (z. B. Ernährung, Gesundheit) viel schlechter ist als die von wohlhabenderen Menschen.
- Sie leben überdurchschnittlich oft in Regionen, die heute schon ein extremes Klima haben. Viele dieser Regionen sind durch ein besonders heißes oder trockenes Klima gekennzeichnet, teilweise kommen starke jahreszeitliche Schwankungen hinzu. Außerdem sind viele Menschen in diesen Regionen stark von extremen Wetterereignissen (z. B. Wirbelstürmen,

Hochwasser) betroffen. All diese Phänomene werden in Zukunft noch zunehmen bzw. sich verstärken.

- Ihr Lebensunterhalt beruht häufig auf klimasensitiven natürlichen Ressourcen und ökosystemaren Dienstleistungen, vor allem Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei.
- Sie haben meist schlechteren Zugang zu Informationen (z. B. Wetterwarnungen). Sie sind daher schlechter in der Lage, sich rechtzeitig auf drohende Gefahren vorzubereiten.
- Sie haben weniger Geld- und Sachvermögen und keine Versicherungen, um sich an den Klimawandel anzupassen und die Folgen von extremen Wetterereignissen aufzufangen.
- Sie sind häufig unzureichend an politischen Prozessen beteiligt. Dies erschwert den Zugang zu staatlicher Unterstützung vor und nach Naturkatastrophen.

Die Studie untersucht für ausgewählte Bereiche, wo in der Welt Menschen am verwundbarsten sind. Wasserversorgung, Ernährungssicherheit und die Bedrohung von Küstenregionen sind dabei drei Hauptfelder. Zwei Aspekte der Studie sollen anhand von Karten kurz skizziert werden.

Auf Abbildung 1 ist die erwartete klimabedingte Produktionsveränderung in der Landwirtschaft zwischen 1990 und 2050 in Prozent dargestellt, für den Fall, dass keine Anpassungsmaßnahmen durchgeführt werden. Ertragsrückgänge sind in ganz Afrika und Australien sowie in Teilen Mittel- und Südamerikas, den USA und in Südasien zu erwarten. In den übrigen

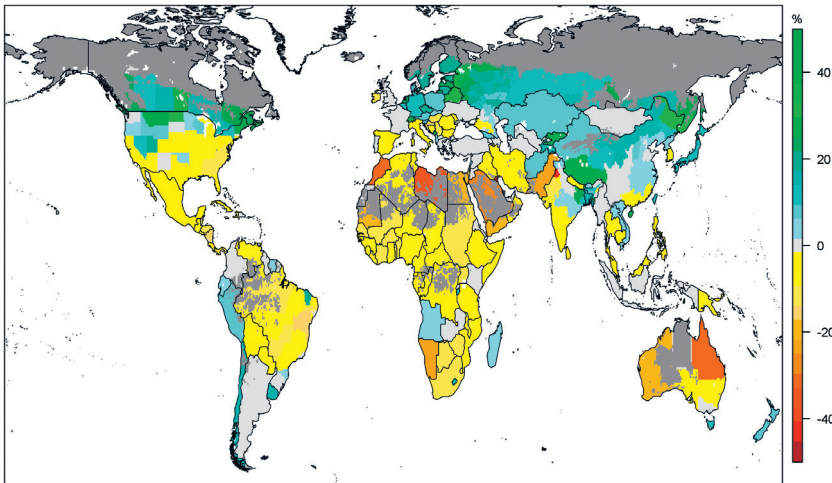


Abb.1: Prozentuale Änderung der landwirtschaftlichen Produktion durch klimabedingte Ertragsveränderungen zwischen 1990 und 2050.

Regionen reagieren die Kulturpflanzen positiv auf die berechneten Änderungen von Temperatur und Niederschlag. Allerdings können Wetterextreme und saisonale Schwankungen die Situation noch verschärfen.

Stimmen aus den Dialogforen

Frau Sanj, Kleinbäuerin und Mitglied einer Frauengruppe in Indonesien:

«Die Ernten fallen immer geringer aus. Während früher zwei Reisernten im Jahr möglich waren, ist es heute nur noch eine Ernte, da der Regen sehr stark abgenommen hat. Der Beginn von Regen- und Trockenzeit ist kaum mehr vorauszusagen. Während der Trockenzeit haben Kokosnuss-Erntehelfer, Kaffee- und Obstbauern gar kein Einkommen mehr. Mit traditionellen Mitteln kann das Wetter längst nicht mehr vorhergesagt werden.»

Anwara Begum Shelly, Caritas in Bangladesh: «Interessiert es jemanden, wenn Bangladesh versinkt?»

Katoumi Sifri, Mitarbeiter einer Nichtregierungsorganisation aus dem Niger: «Viele sind arm. Der Klimawandel macht aus dieser Armut Elend.»

Abbildung 2 zeigt die Gefahren für Menschen in Küstenregionen, die durch klimabedingten Meeresspiegelanstieg oder vermehrte Stürme und Fluten in Küstennähe auftreten werden. Ein großer Teil der Menschen lebt bereits in Küstennähe. Auf der Weltkarte ist die Zunahme des Bevölkerungsanteils (in Prozent) abgebildet, der ohne verstärkten Küstenschutz durch den Meeresspiegelanstieg jährlich von Überflutung bedroht ist. Besonders gefährdet sind Küstenregionen in Ostasien, Afrika und Lateinamerika.

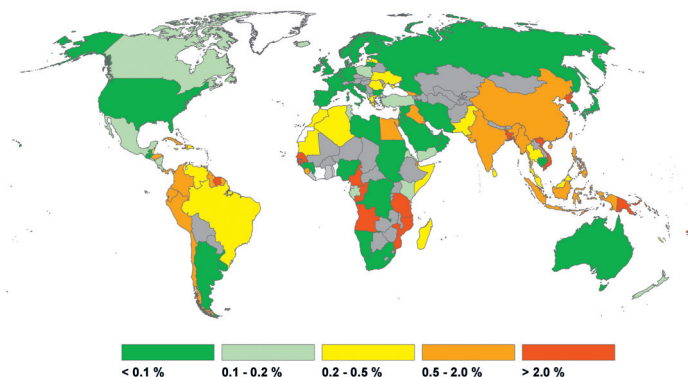


Abb. 2: Zunahme des Bevölkerungsanteils in Regionen, die ohne verstärkten Küstenschutz durch den Meeresspiegelanstieg jährlich überflutet würden (bezogen auf den Zeitraum 2000–2070).

Schon diese zwei Beispiele zeigen deutlich, dass die Folgen des Klimawandels ungleich verteilt sind, sie sind deshalb unbedingt mit globalen Entwicklungsproblemen zusammen anzugehen.

Das Risiko gefährlicher Emissionsminderung

Einen gefährlichen Klimawandel durch wirksamen Klimaschutz zu vermeiden ist im Interesse aller Länder. Warum sind aber die Industrie- und auch die Schwellenländer bisher kaum bereit, ihre Emissionen zu mindern bzw. das Emissionswachstum zu begrenzen? Dafür gibt es im Fall der Schwellenländer Gründe, die nachvollziehbar sind. Der klimatische Nutzen von Emissionseinsparungen tritt erst nach Jahrzehnten ein, während gerade die Schwellenländer die notwendige wirtschaftliche Entwicklung möglichst schnell vorantreiben wollen. Sie befürchten daher nicht zu Unrecht, dass eine drastische Klimapolitik ihren Spielraum für Wirtschaftswachstum einschränken würde.

Historisch betrachtet ist wachsender Wohlstand bislang sehr eng mit hohen CO₂-Emissionen verknüpft. Der Zusammenhang zwischen Wohlstand und der Verbrennung fossiler Brennstoffe ist seit der Industrialisierung im historischen Gedächtnis der Menschheit verankert. Ohne fossile Energieträger (und damit hohe Treibhausgasemissionen) kein Wohlstand!

Dies lässt sich auch empirisch nachweisen. Alle Länder, die im Zuge der Industrialisierung zu Wohlstand gekommen sind und Massenarmut überwinden konnten, haben intensiv Kohle, Öl und Gas genutzt. Daher verzeichnen sie in diesem Zeitraum auch hohe CO₂-Emissionen. Umgekehrt verfügen die Länder mit niedrigen Emissionen pro Kopf in aller Regel über wenig Wohlstand und sind auch deshalb ungleich verwundbarer gegenüber dem Klimawandel. Dies belegen Weltkarten, welche die Verteilung der Gesamtemissionen aus der Verbrennung fossiler Energieträger von 1950 bis 2003 und den Kapitalbestand für 2000 zeigen (Abb. 3). Eine ähnlich ungleiche Verteilung ergibt sich, wenn man als Wohlstandsindikator den *Human Development Index* der Vereinten Nationen verwendet, der Entwicklungsfortschritte aus einer Kombination von Lebenserwartung, Bildung und Kaufkraft bemisst.

Mit Blick auf diese beiden Karten ist es nicht zu rechtfertigen, von den Entwicklungsländern weniger CO₂-Emissionen und damit einen Verzicht auf Wirtschaftswachstum zu fordern, solange dies eine Voraussetzung für den Kampf gegen die Armut ist. Dies gilt umso mehr, als diese Länder die

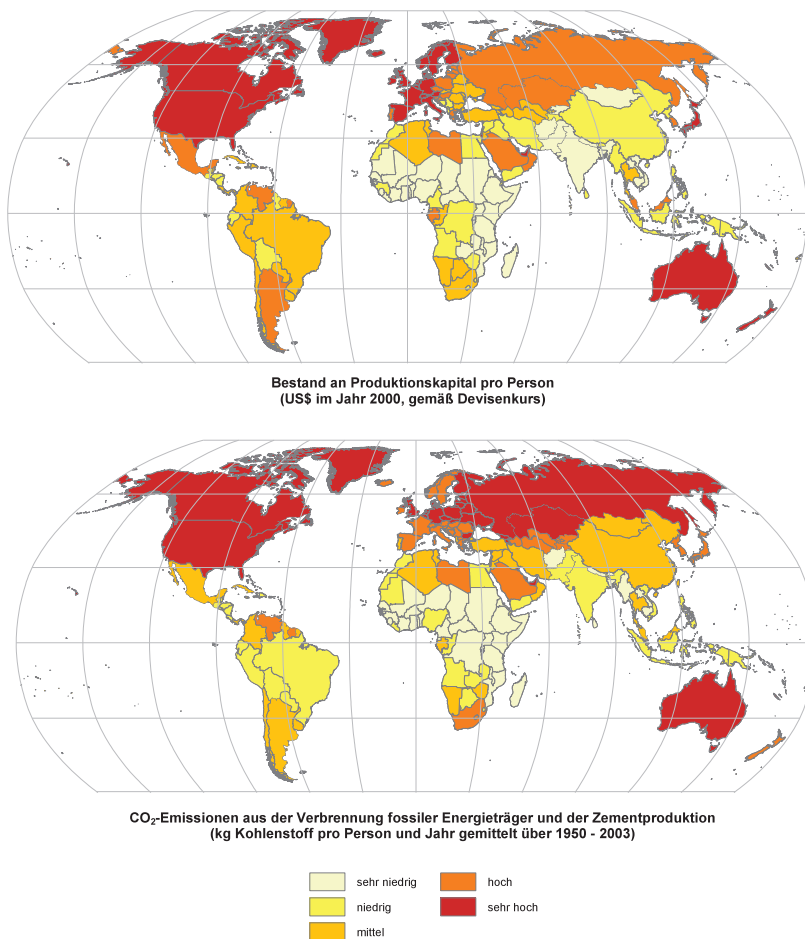


Abb. 3: Verteilung des globalen Vermögens pro Person für das Jahr 2000 und der historischen Emissionen für den Zeitraum von 1950–2003.

Atmosphäre in der Vergangenheit – anders als die Industriestaaten – kaum belastet haben und die Pro-Kopf-Emissionen der Industrieländer nach wie vor deutlich höher sind als in allen Entwicklungs- und Schwellenländern, China und Indien eingeschlossen.

Umgekehrt ist allerdings auch eine nachholende Entwicklung aller Entwicklungs- und Schwellenländer nach dem Muster des energie- und emissionsintensiven Wirtschaftsmodells im Norden keine Lösung, weil dies einen ungebremsen Klimawandel mit unabsehbaren Folgen für Mensch und Natur nach sich ziehen würde. Daher müssen alle Länder ihre Ener-

gieeffizienz steigern und möglichst schnell den Einstieg in eine kohlenstoffarme Energieversorgung finden. Die Ergebnisse der Studie lassen sich in zehn politischen Botschaften zusammenfassen, die einen Ausweg aus dem Dilemma von gefährlichem Klimawandel und gefährlicher Emissionsminderung aufzeigen.

Zehn politische Botschaften

1) Globale Kooperation ist notwendig und möglich

Angesichts der vielfältigen Verknüpfungen zwischen globaler Armut und den Folgen des Klimawandels ist eine Gesamtsicht unverzichtbar. Auf dieser Basis ist dann eine neue Ära der globalen Zusammenarbeit zu beginnen. Dazu sind verbindliche Regeln sowie faire und transparente Verfahren notwendig, an denen alle Betroffenen in angemessener Weise beteiligt sein müssen. Hier sind besonders die Staaten und ihre Regierungen gefragt, weil sie für solche Verfahren politisch verantwortlich sind. Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft können diese Bemühungen unterstützen.

Durch die Verknüpfung von Klima- und Entwicklungspolitik werden die Chancen für eine globale Kooperation erhöht, weil damit dem Anliegen wirtschaftlicher Entwicklung von Schwellen- und Entwicklungsländern Rechnung getragen wird.

2) Verwundbarkeit der Entwicklungsländer reduzieren

Die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen benennen zentrale globale Herausforderungen wie Armutsbekämpfung, Ernährungssicherheit, Gesundheit und Bildung. Das Erreichen der gesteckten Ziele ist allerdings bereits jetzt gefährdet. Dies verstärkt die Verwundbarkeit der Menschen in den Entwicklungsländern gegenüber den Folgen des Klimawandels. Diese Verwundbarkeit lässt sich nur auf der Basis eingehender Untersuchungen wirklich verstehen und verringern.

Die Analysen der Studie zur Verwundbarkeit, vor allem hinsichtlich Wasserversorgung, Ernährungssicherheit und Bedrohung von Küstenregionen, legen hierfür einen Grundstein. Dabei zeigt sich deutlich, dass arme Bevölkerungsgruppen in den Entwicklungsländern mehrfach benachteiligt sind. Ein Beispiel: Ein möglicher Rückgang und eine erhöhte Variabilität der Niederschläge bedrohen halbtrockene und trockene Regionen. Niederschläge konzentrieren sich auf wenige Monate, oft existiert aber keine ausreichende Infrastruktur zur Wasserversorgung in Trockenzeiten (Tiefbrunnen, Was-

speicher). Dies betrifft besonders den Norden und Südwesten Afrikas, den Nordosten Brasiliens und den Westen Chinas. Damit verbunden sind massive Folgen für die Landwirtschaft. Bei starkem Bevölkerungswachstum und ungebremstem Klimawandel wird sich deshalb die Zahl der hungernden Menschen in diesen Regionen trotz aller Bemühungen wahrscheinlich weiter erhöhen.

Für eine vernetzte Klima- und Entwicklungspolitik sind solche Studien unerlässlich, um die eingeforderte Gesamtsicht zu ermöglichen und Anpassungsmaßnahmen gezielt durchführen zu können. Wasserversorgung, Ernährungssicherheit und Bedrohung von Küstenregionen in Entwicklungsländern sollten hierbei besondere Beachtung finden.

3) Menschenrechte und Gerechtigkeit als ethische Orientierung

Der Klimawandel ist nicht nur ein technisches Problem. Er lässt sich nur bewältigen, wenn zentrale Aspekte der Gerechtigkeit berücksichtigt werden. Dabei greift es aber zu kurz, sich auf die Verteilung von Emissionsrechten zu beschränken. Notwendig sind gerechte Rahmenbedingungen, die es Entwicklungs- und Schwellenländern erlauben, sich aktiv am Klimaschutz zu beteiligen, ohne dadurch ihre berechtigten Ansprüche auf breitenwirksame Entwicklung aufzugeben. Die Industrieländer stehen in dieser Hinsicht in besonderer Verantwortung; weniger weil sie bisher ungleich mehr Treibhausgase verursacht haben, sondern weil sie über finanzielle, ökonomische und technische Kapazitäten sowie den notwendigen politischen Einfluss verfügen, die für eine Lösung dieser Probleme unabdingbar sind.

Einen sinnvollen Ausgangspunkt für ethische Überlegungen bieten die Menschenrechte. Diese sind bereits heute in der Weltpolitik der zentrale ethische Maßstab für die Lösung globaler Herausforderungen. Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Partizipation sind dabei die Kernforderungen der Menschenrechte, die auch für eine ethische Bewertung der Folgen des Klimawandels ihre Gültigkeit haben.

Von den Menschenrechten ausgehend lassen sich drei Dimensionen von Gerechtigkeit bestimmen: Befriedigung von Grundbedürfnissen, möglichst gleiche Handlungschancen und faire Verfahren. Diese drei wechselseitig verbundenen Forderungen bieten eine politische Handlungsorientierung für die notwendige globale Zusammenarbeit sowie die Umsetzung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen auf nationaler Ebene.

4) Klimaschutz und Entwicklung sind machbar – ein Global Deal aus fünf Säulen

Klimaschutz, Anpassung und Entwicklung lassen sich finanziell wie technisch gemeinsam bewältigen. Dazu bedarf es jedoch des entsprechenden politischen Willens der Weltgemeinschaft sowie einer Verknüpfung ver-

schiedener Maßnahmen. Ein solcher Global Deal für Klima und Entwicklung muss aus fünf Säulen bestehen:

- (I) Begrenzung, Verteilung und Handel von CO₂-Emissionsrechten
- (II) Nachhaltige Nutzung von Wäldern
- (III) Förderung und Austausch klimafreundlicher Technologien
- (IV) Internationale Anpassungsunterstützung
- (V) Stärkung von Entwicklungspolitik



Grundvoraussetzung für diese Maßnahmen ist die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern. In diesem Sinne sollten alle Beteiligten gemeinsame Verpflichtungen eingehen, zum Beispiel im Hinblick auf die Anerkennung der Menschenrechte oder die Aushandlung und Einhaltung gemeinsamer Ziele.

5) Säule I: Begrenzung, Verteilung und Handel von CO₂-Emissionsrechten

Emissionen dürfen nicht länger kostenlos in der Atmosphäre abgelagert werden, sondern müssen weltweit einen Preis bekommen. Zunächst muss man die Gesamtmenge der Emissionen, die noch abgelagert werden darf, begrenzen. Ein Handel mit diesen begrenzten Emissionsrechten bietet dann die Möglichkeit, die notwendige Minderung der Emissionen zielgenau und zugleich effizient zu erreichen. Zudem eröffnet er die Chance einer globalen Umverteilung von Einkommen, was sich auch positiv auf die Situation armer Bevölkerungsteile in Entwicklungsländern auswirken könnte. Der Verteilungsschlüssel sollte so gestaltet sein, dass man in relativ kurzer Frist eine Gleichverteilung an Pro-Kopf-Emissionsrechten erreicht.

Gerade dazu bedarf es durchsetzungsfähiger globaler Institutionen mit

transparenten und demokratischen Entscheidungsstrukturen. Außerdem sind geeignete Rahmenbedingungen sowohl in den Industrie- wie in den Entwicklungsländern nötig. Damit das zusätzliche Geld auch tatsächlich klimaverträgliche und breitenwirksame Entwicklungsprozesse fördern kann, müssen die Mittelflüsse auf der Einnahmen- wie auf der Ausgaben-seite offengelegt werden. Zivilgesellschaftliche Beteiligung und Kontrolle spielen hierbei eine wichtige Rolle.

6) Säule II: Nachhaltige Nutzung von Wäldern

Die Abholzung der tropischen Wälder trägt mit rund 20% zu den gesamten globalen Emissionen bei. Wälder haben eine wichtige Funktion für den Klimaschutz, weil sie als CO₂-Speicher dienen. Gleichzeitig sind sie Lebensgrundlage für Menschen und für eine große Vielfalt unterschiedlicher Pflanzen und Tiere. Weil Wälder in mehrfacher Hinsicht wichtig sind, müssen sie nachhaltig genutzt und geschützt werden. Die Industrienationen sollten die Schwellen- und Entwicklungsländer darin technisch wie finanziell unterstützen, damit eine weitere Abholzung und Übernutzung der Wälder verhindert wird. Dabei ist den Bedürfnissen der lokalen und vor allem indigenen Bevölkerung besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

7) Säule III: Förderung und Austausch klimafreundlicher Technologien

Die Absenkung der weltweiten Emissionen erfordert neue klimafreundliche Technologien. Nur breit gefächerte Optionen in diesem Feld erlauben einen ambitionierten Klimaschutz. Energieeffizienz, erneuerbare Energien und die Nutzung von Biomasse spielen dabei eine zentrale Rolle. Aber auch neue Technologien wie die Abtrennung von Kohlenstoff und seine unterirdische Einlagerung (CCS: Carbon Capture and Storage) können hierfür wichtig sein. Die Risiken solcher neuer Technologien sind allerdings zu prüfen, möglichst gering zu halten und in einer offenen gesellschaftlichen Debatte abzuwägen.

Die Kosten für Emissionen im Rahmen des vorgeschlagenen Emissionshandels werden allein nicht genügend Anreize schaffen, um den nötigen Technologiewandel zu bewirken. Vielmehr ist es erforderlich, geeignete Technologien weltweit direkt zu fördern und den internationalen Austausch solcher Technologien voranzutreiben. Hier stehen die Industrieländer aufgrund ihrer technischen wie ökonomischen Möglichkeiten in einer besonderen Verantwortung. Wichtige Aspekte hierbei sind die internationale Koordination von Forschung sowie vertragliche Verpflichtungen zur Erhöhung von klimarelevanten Forschungsausgaben. Hinzukommen müssen Initiativen, um Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in Entwicklungsländern zu stärken.

8) Säule IV: Internationale Anpassungsunterstützung

Negative Klimafolgen werden sich auch im Falle einer sofortigen Minderung von Emissionen nicht vermeiden lassen. Die ärmeren und stärker dem Klimawandel ausgesetzten Länder und Menschen muss man bei der Anpassung an diese negativen Auswirkungen des Klimawandels unterstützen. Dazu bedarf es vielfältiger Maßnahmen, angefangen von Informationen über regionale Klimafolgen und ihre Verwundbarkeiten bis hin zu finanzieller Hilfe.

Unverzichtbar ist dazu ein internationaler Anpassungsfonds mit ausreichend Mitteln – und zwar zusätzlich zur öffentlichen Entwicklungshilfe. Die Einzahlungen in einen solchen Fonds sollten sich vorwiegend an der Leistungsfähigkeit von Ländern orientieren. Anpassungsfinanzierung ist notwendig in Bereichen, die besonders klimasensitiv und für die Überwindung von Armut wichtig sind. Dies sind vor allem Wasserversorgung, Landwirtschaft, Küstenschutz und Katastrophenvorsorge.

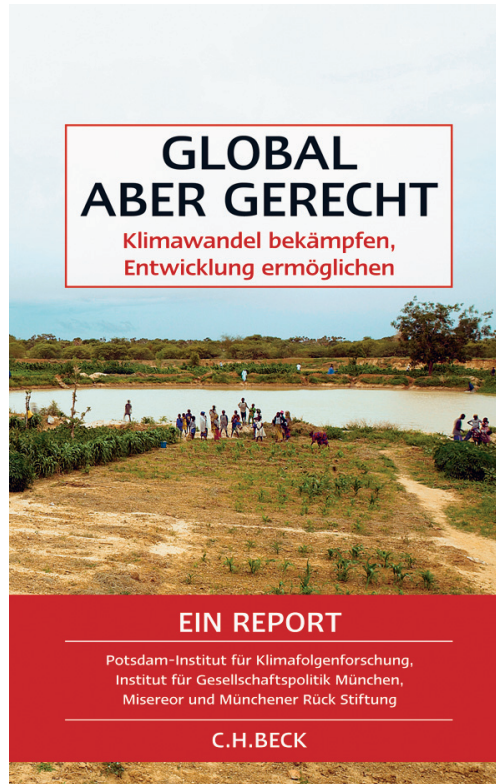
9) Säule V: Stärkung von Entwicklungspolitik

Klimaschutz und Anpassung dürfen nicht dazu führen, dass man die Anliegen der Entwicklungspolitik aus dem Blick verliert. Ihr Hauptziel ist und bleibt es, eigenständige Entwicklung zu fördern und Handlungsvermögen zu stärken. Dies erfordert tief greifende Reformen sowohl in den Entwicklungsländern selbst als auch in den internationalen Strukturen, was ohne weltweite Zusammenarbeit nicht zu leisten ist. Voraussetzung dafür ist ein weltweit gültiger ordnungspolitischer Rahmen, der die ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Prozesse in den jeweiligen Ländern fördert und unterstützt. Außerdem ist die Staatengemeinschaft dazu verpflichtet, finanzielle Zusagen einzuhalten.

10) Breite Mobilisierung und Vernetzung von Akteuren des Wandels

Die Verwirklichung des Global Deal ist auf politische Führungskraft angewiesen. Nur so lässt sich eine neue Ära internationaler Zusammenarbeit einleiten. Der Global Deal kann als Orientierung dienen, um die nötigen institutionellen Voraussetzungen zu schaffen und die unvermeidlichen Lasten fair und möglichst gerecht zu verteilen. Dazu ist eine breite Allianz gesellschaftlicher Kräfte gefordert, die den notwendigen Wandel vorantreiben, angefangen von Kirchen und Nichtregierungsorganisationen über Wissenschaft bis hin zu innovativen Unternehmen. Anzustreben sind Allianzen auf lokaler, nationaler und globaler Ebene, die gewohnheitsmäßige Einstellungen in Frage stellen und durch ihr persönliches Verhalten sowie zivilgesellschaftliches Engagement ihre Bereitschaft signalisieren, die notwendigen Reformen zu unterstützen.

Diese Gesamtsicht des Global Deal hat durchaus den Charakter einer Utopie, allerdings einer konkreten Utopie. Im Gegensatz zu einer abstrakten Utopie wird damit unterstrichen, dass eine solche Utopie konkret erreichbar und daher realistisch ist. Auch wenn sie nicht sofort und wohl auch nicht in allen Details zu verwirklichen sein wird, ist sie angesichts der gewaltigen Herausforderungen ohne Alternative. Es wäre schon viel erreicht, wenn man Schritt für Schritt die Weichen in die richtige Richtung stellen würde. Dies erfordert nichts weniger als «ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich», wie es Max Weber bereits vor 90 Jahren formuliert hat. Sich dieser Aufgabe zu entziehen käme einer Kapitulation gleich.



15 Jahre nach *Zukunftsfähiges Deutschland* legt Misereor zusammen mit der Münchener Rück Stiftung eine neue Aufsehen erregende Studie vor. Sie führt das Engagement für eine gerechtere Welt mit der lebensnotwendigen Bekämpfung des Klimawandels zusammen.

Das Buch analysiert die wechselseitigen Verknüpfungen von Klimawandel und Armut und entwirft eine Gesamtlösung, durch die Klimaschutz und Armutsbekämpfung wirksam, effizient und gerecht miteinander verbunden werden können.

Verlag C.H. Beck
240 Seiten mit 23 farbigen Abbildungen und 6 Tabellen
Broschiert, etwa 19,95 Euro
ISBN 978 3 406 60656 4

Erscheint am 22. September 2010